

# Sozialismus.de

Heft 6-2022 | EUR 8,00 | C 12232

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



**Richard Detje: Offensive für mehr Mitbestimmung**

**Otto König: Zum ersten Mal eine Frau an der DGB-Spitze**

**Forum  
Gewerkschaften**

**Beiträge u.a. von**

**Bernd Riexinger, Harald Wolf, Felix Jaitner, Klaus Busch, Wolfgang Müller, Björn Radke, Joachim Bischoff, Hinrich Kuhls, Mario Keßler, Florian Weis**



**DIE LINKE.**

Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.  
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter  
[www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de).  
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft  
bzw. ein Abonnement bestellen.

# Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion  
zwischen den monatlichen  
Printausgaben im Netz auf  
[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)

## Die New York Times ermahnt die US-Regierung

In die Debatte um die Kriegsziele der westlichen Länder hat sich jetzt auch die New York Times eingemischt. In einem Kommentar ihres Editorial Boards wird nach den Kriegszielen Amerikas gefragt und vor einer Ausweitung des Krieges gewarnt.

## Die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen

Eindeutiger Gewinner der Landtagswahlen sind die Grünen, die mit einem Stimmenanteil von 18,2% ihr Ergebnis von 2017 um 11,8% verbessern konnten. Sie holten gegenüber der letzten Landtagswahl im Jahr 2017 dreimal so viele Wähler\*innenstimmen.

## Politischer Erdbeben in Kiel

Das Wahlergebnis in Schleswig-Holstein ist deutlich: CDU-Ministerpräsident Daniel Günther soll die Zukunft des Landes für weitere fünf Jahre gestalten. Mit einem erdbebenartigen Vorsprung von über 20 Prozentpunkten vor den anderen Parteien erreicht die CDU ein Ergebnis, das eine Zweier-Koalition wieder möglich macht.

## Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und  
Leser:innen das konkret machen  
könnten, steht ebenfalls unter  
[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)

Heft Nr. 6 | Juni 2022 | 49. Jahrgang | Heft Nr. 473

## DIE LINKE in kriegerischen Zeiten

Bernd Riexinger:

DIE LINKE vor Parteitag und Vorstandswahlen ..... 2

Harald Wolf: Linke Industriepolitik, Stärkung des Öffentlichen und neue Friedenslösungen. Wie die Krise überwunden werden könnte ..... 6

Felix Jaitner: Die Stunde der Falken. Der Russland-Ukraine-Krieg ist nur der Auftakt für militärische Konflikte im postsowjetischen Raum ..... 10

## Der Klimawandel im Vormarsch

Björn Radke: Klimawandel – Extreme Wetterlagen gefährden globale Ernährung ..... 15

Wolfgang Müller: Kann die VR China die Klimaziele erreichen? ..... 20

## Die Welt in tückischen Gewässern

Klaus Busch: Ende der politischen Stagnation in der EU? ..... 25

Michael Wendt: Was kann »unkonventionelle« Geldpolitik in der EWU ..... 30

Joachim Bischoff: Droht eine Rezession der Globalökonomie? ..... 35

Hinrich Kuhls: Das »Globale Britannien« in tückischen Gewässern  
Die Folgen einer Illusion ..... 41

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Vorausschauende Arbeitspolitik als sozialer Eckpfeiler der Transformation (aus dem Memo 2022) ..... 47

## Forum Gewerkschaften

Richard Detje: Offensive für mehr Mitbestimmung  
Vorschläge des DGB für ein Betriebsverfassungsgesetz des 21. Jahrhunderts .. 52

Otto König: Erste Frau an der DGB-Spitze  
22. DGB-Bundeskongress in Berlin: Führungswechsel in schwierigen Zeiten .. 55

Dennis Faupel: »Wirkmächtigkeit« auf dem Prüfstand  
Betriebsratswahlen im IG Metall Bezirk Mitte – eine vorläufige Bilanz ..... 59

Forum Gewerkschaften: Kämpfen lohnt sich. Tarifeinigung im Sozial- und  
Erziehungsdienst: Entlastungstage und Sonderzulagen durchgesetzt ..... 63

## Geschichte | Buchbesprechung

Mario Keßler: Flucht in Ketten, Sehnsucht hinter Mauern  
Die amerikanische Bürgerrechtsbewegung und die beiden deutschen Staaten ... 65

Florian Weis: Antifaschisten, Marxisten und Antistalinisten  
(zu Riccardo Altieris Doppelbiografie zu Rosi Wolfstein und Paul Frölich) ..... 70

## Impressum | Termine | Film

Impressum ..... 57

Tipps zum Hingehen oder Online ..... 72

Klaus Schneider: Blutsauer (Filmkritik) ..... 73

## Supplement

EuroMemo Gruppe: **EuroMemo 2022**

Zwischen Coronakrise und Ukraine-Krieg: Die EU im Jahr 2022

# Droht eine Rezession der Globalökonomie?

von ■ Joachim Bischoff

Die Weltwirtschaft wird aktuell von unterschiedlichen Sturmwinden erfasst, die sich im weiteren Jahresverlauf in Europa, China und den USA zu einem globalen konjunkturellen Abschwung verdichten könnten. Nach über zwei Jahren mit Lockdowns, Chip-Krise, Energiepreis-Explosion und jetzt auch noch dem Ukraine-Krieg ist das Wirtschaftswachstum fast zum Erliegen gekommen. Es lag im ersten Quartal 2022 in Deutschland bei 0,2%. Und Besserung ist nicht in Sicht. Denn ausgerechnet China, die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt, greift wegen der Corona-Pandemie zu harten Lockdowns, gefährdet den Erholungsprozess der nationalen Wirtschaft und überträgt wegen brüchiger Lieferketten die Abwärtsimpulse auf die Ökonomien anderer Länder.

Als Folge des Ukraine-Kriegs erwartet die EU-Kommission ein deutlich geringeres Wirtschaftswachstum und stark steigende Preise in den Ländern des Euro-Raums. In ihrer Frühjahrsprognose rechnet sie für das laufende Jahr noch mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 2,7% – im Februar war sie noch von 4,0% ausgegangen. Für Deutschland reduzierte die Behörde ihre bisherige Schätzung zum Wirtschaftswachstum 2022 von zuletzt 3,6% auf nun nur noch 1,6%. Auch der Internationale Währungsfonds (IWF) kommt in seiner aktualisierten Konjunkturprognose zur Einschätzung einer Abwärtstendenz. Die Weltwirtschaft wird danach in diesem Jahr um 3,6%

■ Joachim Bischoff ist Mitherausgeber von Sozialismus.de



IWF-Vizechefin Gita Gopinath, damals noch Cef-Ökonomin, erläutert die Prognosen der Organisation (Foto: dpa).

wachsen. Das sind 0,8 Prozentpunkte weniger als noch im Januar angenommen. Für die Eurozone erwartet der IWF ein um 1,1 Prozentpunkte geringeres Wachstum von 2,8%. In Deutschland soll das Bruttoinlandsprodukt (BIP) demnach nur noch um 2,1% wachsen.

## Russland

Die russische Wirtschaft dürfte nach Einschätzung der Zentralbank des Landes in diesem Jahr angesichts der verhängten Sanktionen noch stärker einbrechen als zunächst angenommen. In einer Ende April vorgestellten Prognose wird nun mit einem Rückgang der Konjunktur um 9,2% sowie einer Inflation in Höhe von 22% in diesem Jahr gerechnet. Die jüngsten Einordnungen der russischen Wirtschaftsexpert\*innen sind pessimistischer als die Sicht des IWF, der Russland für dieses Jahr einen Wirtschaftseinbruch um 8,5% voraussagt. Zentralbankchefin Elwira Nabiullina sprach im Parlament von »Schwierigkeiten« der gesamten russischen Wirtschaft und einer »strukturellen Transformation« angesichts der Sanktionen, die wegen des Ukraine-Konflikts verhängt worden waren. Wegen dieser Maßnahmen hätten russische Konsument\*innen und Produzent\*innen den Zugang zu den Märkten verloren. Die Arbeitslosigkeit könnte laut der Zentralbank zum Ende dieses Jahres bei 6,9% liegen, Ende vergangenen Jahres waren es 4,3%.

## China

Das Wirtschaftswachstum in China dürfte sich wegen der Corona-Ausbrüche und den Folgen des Ukraine-Kriegs 2022 auf 5% abschwächen. Die chinesische Regierung peilt einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von rund 5,5% an, während die Ökonom\*innen für 2023 dann plus 5,2% vorhersagen. Im zweiten Corona-Jahr hatte das BIP um 8,1% zugelegt und damit so stark wie seit zehn Jahren nicht mehr. Aber die Dynamik kühlte sich bereits im Laufe des Jahres deutlich ab – belastet durch Schuldenprobleme auf dem Immobilienmarkt und Anti-Coronamaßnahmen, die den privaten Konsum bremsten.

Die Regierung um Staats- und Parteichef Xi Jinping ist in höchster Alarmbereitschaft, denn die Wirtschaft des Landes befindet sich praktisch im freien Fall. An der Null-Covid-Strategie, der Hauptursache der Störungen im nationalen Reproduk-

tionsprozess, aber will die Partei- und Staatsführung weiterhin festhalten. Wegen immer neuer Corona-Ausbrüche in zahlreichen Städten haben die Behörden teilweise massive Beschränkungen verhängt. Shanghai, das wirtschaftliche Kraftzentrum des Landes, steht seit mehr als einem Monat unter einem harten Lockdown.

Die Einschränkungen gehen inzwischen über den Bereich der Dienstleistungen wie Restaurants oder Reiseunternehmen hinaus, auch weite Teile der Industrie im Land stehen still, weil sich Mitarbeiter\*innen in Isolation befinden und Lieferketten unterbrochen sind. Es sind die schwersten wirtschaftlichen Verwerfungen seit drei Jahrzehnten. Sollte es den Planer\*innen in Peking gelingen, den Abwärtstrend im zweiten Halbjahr zu stoppen, könnte die Wachstumsrate im laufenden Jahr zwischen 3% und 4% liegen.

Peking will deshalb mit einem ganzen Paket von Maßnahmen gegensteuern. Ein wesentliches Element sollen, ähnlich wie während der Finanzkrise 2009, Investitionen in die Infrastruktur bilden. Die Infrastruktur sei der »Grundpfeiler der wirtschaftlichen und der sozialen Entwicklung«, sagte Xi. Doch anders als 2009, als China zum Teil Fernstraßen und Brücken ins Nirgendwo baute und Flughäfen entstanden, auf denen nie eine Maschine landete, will die Regierung nun nach Möglichkeit in nützliche Infrastruktur investieren. Breitbandnetze, der 5G-Ausbau, Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbarer Energie und intelligente Stromnetze sollen unter anderem dazu gehören.

Um dem darniederliegenden Immobiliensektor neues Leben einzuhauchen, plant die Regierung eine Reihe von Lockerungen. Xi hatte die zum Teil hochverschuldeten Konzerne seit 2020 mit zahlreichen Auflagen belegen lassen. So sollen Banken jetzt wieder vermehrt Kredite an Immobilienentwickler vergeben dürfen. Außerdem wird die Vergabe von Hypothekendarlehen erleichtert, und Immobilienfirmen dürfen wieder in größerem Ausmaß über Einnahmen aus Verkäufen nicht fertiggestellter Wohnungen verfügen.

Den vielen kleinen und mittleren Unternehmen des Landes wollen die Behörden u.a. mit Steuererleichterungen, niedrigeren Sozialabgaben und der Stundung von Zins- und Kreditrückzahlungen unter die Arme greifen. Außerdem werden die Firmen von Zahlungen für Mieten und Strom befreit. Aufhorchen ließ der Plan der Regierung, sich dem gebeutelten Tech-Sektor widmen zu wollen. Xi hatte die Branche vergangenes Jahr mit



iz3w



## 75 Jahre Pakistan – der zähe Kunststaat

*Außerdem:* Putins Ideologie | Kolonialraub  
und Rückgabe | Corona in Syrien

52 Seiten, € 6,-

[www.iz3w.org](http://www.iz3w.org)

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

zahlreichen regulatorischen Eingriffen in schwere Turbulenzen gestürzt, mit der Folge, dass Millionen Chines\*innen ihre Jobs verloren. Die Wirkung der zahlreichen Maßnahmen könnte allerdings begrenzt sein. Denn die Regierung will weiterhin an ihrer Nulltoleranzpolitik bei der Pandemiebekämpfung festhalten. Das aber dürfte mit Blick auf die leichte Übertragbarkeit der Omikron-Variante des Virus dazu führen, dass es in nächster Zeit immer wieder zu Lockdowns mit entsprechenden Disruptionen der Wirtschaft kommen wird. Zurzeit ruht etwa das öffentliche Leben in Peking – bei weniger als 60 Neuinfektionen pro Tag. Insgesamt gelten derzeit in 46 Städten, die für 35,1% der chinesischen Wirtschaftsleistung stehen, mehr oder weniger rigide Corona-Einschränkungen, die tiefe Spuren in der chinesischen Wirtschaft hinterlassen.

Während der ersten drei Monate des laufenden Jahres wuchs Chinas Wirtschaft im Vergleich zum Vorjahreszeitraum dennoch um 4,8%. Die meisten Expert\*innen hatten mit einem Zuwachs von 4,2% gerechnet. Das unerwartet kräftige Plus dürfte auf die starken Monate Januar und Februar zurückzuführen sein. Jetzt gefährdet die Pandemie diese Aufwärtsbewegung.

Mit seiner Nulltoleranzpolitik hat China sich in eine Sackgasse manövriert. Ein Abrücken davon ist praktisch unmöglich, denn die Strategie ist eng mit Staats- und Parteichef Xi verbunden, der im Herbst für eine dritte Amtszeit als KP-Generalsekretär gewählt werden will. Inzwischen hat es den Anschein, als gehe es immer weniger um wirtschaftlichen Pragmatismus, sondern vor allem um Politik und Ideologie. In ernste Schwierigkeiten gebracht hat Xi sein Land aber auch mit seiner Solidaritätsbekundung für den russischen Präsidenten Wladimir Putin, was für erhebliche Verunsicherung bei Investoren sorgt. Sie fragen sich, was die Nähe zu Putin für die chinesische Wirtschaft mit Blick auf mögliche Sanktionen bedeuten könnte. Nie seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik vor 40 Jahren seien Planbarkeit und Berechenbarkeit so gestört gewesen wie derzeit, klagen ausländische Firmen. Wie erschüttert das Vertrauen inzwischen ist, zeigen die massiven Kapitalabflüsse der vergangenen Wochen.

## USA

Die amerikanische Wirtschaft ist im ersten Quartal dieses Jahres zum ersten Mal seit der Pandemie geschrumpft. Das reale Bruttoinlandprodukt der USA ist im Vergleich mit 2021 hochgerechnet aufs Jahr um 1,4% gesunken (siehe Abb. 1). Der überraschende Rückgang der wirtschaftlichen Leistung (BIP) lässt die US-Wirtschaft allerdings schwächer aussehen, als diese angesichts der wohl immer noch robusten Binnennachfrage ist.

Wie der nähere Blick auf die vorläufigen Zahlen zeigt, haben die Veränderung der Lagerbestände und vor allem auch das seit der Pandemie deutliche zunehmende Defizit in der Handelsbilanz maßgeblich zu dieser Entwicklung beigetragen. Die schwache Exportnachfrage und die Lagerbestände haben bei der rechnerischen Ermittlung zusammen etwa vier Prozentpunkte vom Gesamtwachstum abgezogen. Folglich täuscht die traditionelle Wachstumsstatistik im Moment über die Binnennachfrage der amerikanischen Firmen und Unternehmen hinweg, die bis jetzt noch als vergleichsweise robust gilt.

Abb. 1: Reales Wachstum des BIP in den USA (in %)

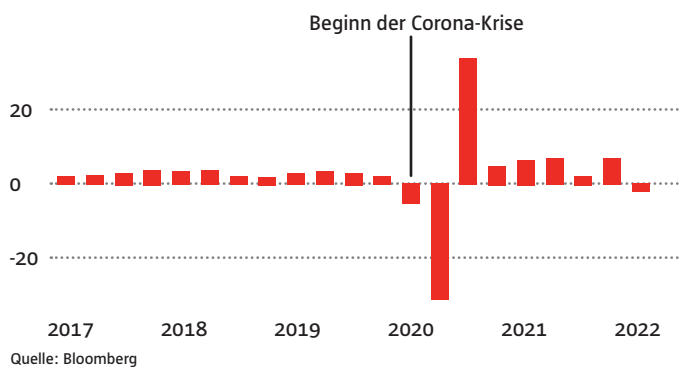
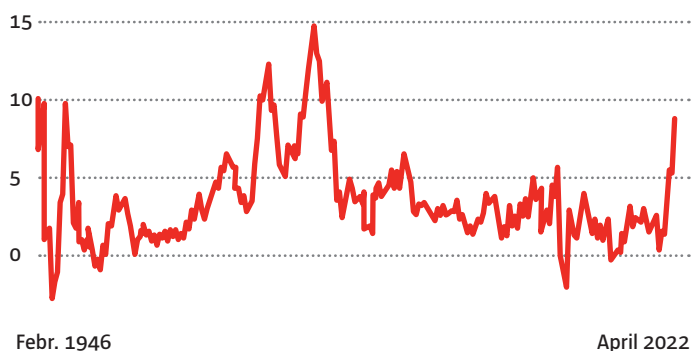


Abb. 2: Preise für persönlichen Konsum in den USA (in %)



Tatsächlich haben die realen Endverkäufe an inländische Kund\*innen, ein Maß für die Binnennachfrage ohne Berücksichtigung des internationalen Handels und der Lagerbestände, auf das Jahr hochgerechnet um 2,6% zugenommen. Gleichwohl dürfte die Enttäuschung beim Wirtschaftswachstum die amerikanische Zentralbank (Fed) nicht daran hindern, die geldpolitischen Rahmenbedingungen deutlich zu straffen. Erwartet wird, dass die Notenbank den Leitzins schrittweise weiter erhöht sowie den zügigen Abbau der riesigen Wertpapierbestände in der Bilanz der Institution voranbringt. Denn letztlich könne die amerikanische Wirtschaft höhere Zinsen ohne Weiteres verkraften und im zweiten Quartal und darüber hinaus zu einem bescheidenen Wachstum zurückkehren, weil die Konsument\*innen und Firmen weiterhin Geld ausgaben, so die verbreitete Überlegung.

Die hohe Geldentwertung von zuletzt 8,5% droht das optimistische Grundvertrauen in die Zukunft indes zu unterminieren (siehe Abb. 2). Die Fed ist also gefragt – nicht zuletzt, um auch Präsident Joe Biden angesichts der Zwischenwahlen aus dem Umfragetief zu holen. Finanzexpert\*innen hoffen, dass es der Fed gelingen wird, den Inflationsdruck zu dämpfen, ohne eine Rezession zu provozieren. Die historische Erfahrung spricht dagegen.

Positiv für das Wirtschaftswachstum sind die Nachfrageüberhänge aus dem Vorjahr, der sich belebende Industrieanlagenbau sowie das Infrastrukturpaket der US-Regierung mit einem Finanzierungsumfang von 1,2 Bio. US-Dollar. Der für die Umwelt- und Sozialpolitik eminent wichtige und 1,75 Billionen US-Dollar schwere Gesetzesvorschlag mit der Bezeichnung »Build Back Better« steckt allerdings seit November 2021 im Senat fest. Das

Reformtempo, etwa zur Absatzförderung von Elektrofahrzeugen oder zur steuerlichen Unterstützung der vorerst eklatant teuren Wasserstoffelektrolyse, droht dadurch an Dynamik zu verlieren.

Die US-Notenbank hat jetzt die aggressivste geldpolitische Straffung seit den 1980er-Jahren eingeleitet, um die Inflationsrate einzudämmen. Die Inflation in den USA befindet sich auf dem höchsten Stand seit vier Jahrzehnten. Eine tiefe Rezession in den USA im nächsten Jahr könnte die Folge der härteren geldpolitischen Gangart werden.

Fiskalpakete und die gleichzeitige Nullzinspolitik der Fed haben die Liquidität der Privathaushalte in den Jahren 2020 und 2021 stabilisieren und teilweise sogar erhöhen können. Entsprechend solide entwickelte sich die Nachfrage nach Konsumartikeln. Seitdem die Pandemiebestimmungen gelockert wurden, fließt auch wieder mehr Geld für Dienstleistungen wie Restaurantbesuche, Reisen, Sport und Freizeitbeschäftigungen.

Doch geraten die unteren und inzwischen auch mittleren Einkommensgruppen infolge der stark anziehenden Preise auf unverzichtbare Waren wie Treib- und Schmierstoffe, Heizöl, Elektroenergie sowie Nahrungsmittel und Getränke unter finanziellen Druck. Die Zahl der Amerikaner\*innen, die von »Lohnscheck zu Lohnscheck« leben, steigt im laufenden Jahr. Dazu tragen auch die erneut anziehenden Wohnungsmieten in den Großstädten bei.

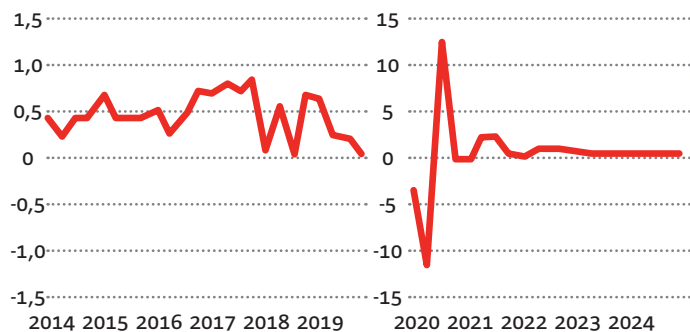
Joe Biden hat den von Donald Trump geerbten Protektionismus u.a. auch wegen des chronischen Handelsdefizits verschärft. So bleiben die Mindestanforderungen an die nationale Wertschöpfung im Fall von Bundesausschreibungen in Kraft. Sie wurden teilweise sogar noch angehoben. Doch können selbst in der größten Volkswirtschaft der Welt nicht alle auf Bundesebene ausgeschrieben Investitionsgüter vollständig und dazu noch zu durchgehend attraktiven Preisen und Qualitäten aus nationalen Quellen bezogen werden. Für deutsche Exporteure bleiben damit punktuell Geschäftsmöglichkeiten bei Bundesausschreibungen bestehen.

Die Gefahr einer Rezession in den USA ist mit Sicherheit steil gestiegen, wobei die wichtigsten Unsicherheiten inzwischen ihren Zeitpunkt und Schweregrad betreffen. Die optimistische Sicht, dass die Inflation von selbst wieder zurückgehen wird, und dass der Fed daher die Zinsen nicht allzu sehr anheben muss, erscheint mit jedem Tag fragwürdiger. Angesichts der während der Pandemie steil gestiegenen Ersparnisse ist das wahrscheinlichere Szenario, dass die Konsument\*innennachfrage hoch bleiben wird, während sich die Lieferkettenprobleme weiter verschlimmern. Zwar scheint die US-Regierung ihre Konjunkturmaßnahmen zurückzufahren, doch wird dies die Sorgen über eine Rezession noch erhöhen, selbst wenn das dazu beiträgt, die Inflation etwas abzumildern. Falls die Konjunkturprogramme mit Vollgas weiterverfolgt werden – und warum sollte das in einem Wahljahr nicht passieren? –, wird das die Arbeit des Fed noch erschweren.

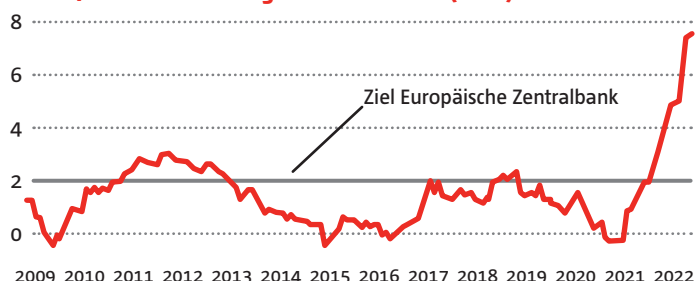
## Europäische Union

Die Aussichten für die Konjunktur und die Preisentwicklung im Euroraum sind sehr unsicher geworden. Sie hängen entscheidend vom weiteren Verlauf des Kriegs in der Ukraine ab sowie von den Auswirkungen der laufenden Sanktionen und etwaigen

**Abb. 3: Wachstum des realen BIP im Euroraum (Veränderung gegenüber Vorquartal in %)**

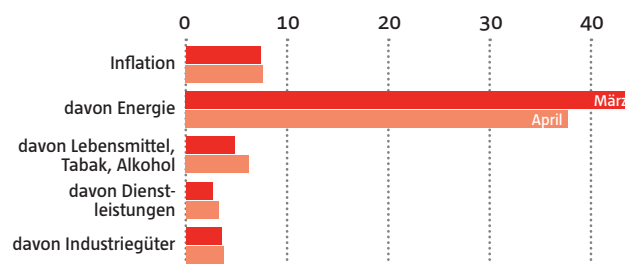


**Abb. 4: Jahresteuering\* im Euroraum (in %)**



\* Die Jahresteuering stellt den harmonisierten Konsumentenpreisindex der Länder mit dem Euro (HICP) dar und zeigt die Veränderung des Preisniveaus im laufenden Monat im Vergleich mit demselben Monat des Vorjahres. Der Wert für März 2022 ist eine Schätzung.  
Quelle: Eurostat

**Abb. 5: Jahresinflation in der Eurozone 2022 (in %)**

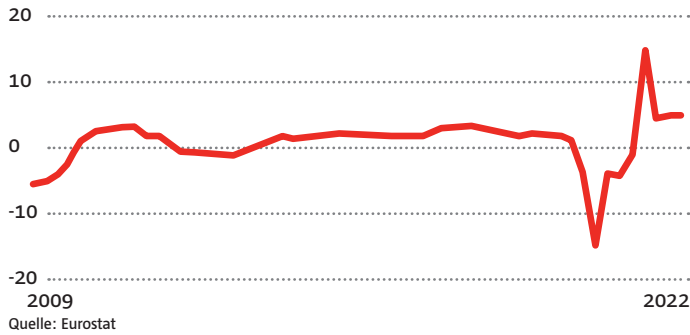


\* Harmonisierter Konsumentenpreisindex (HICP): Preisveränderung von Konsumgütern und Dienstleistungen zwischen dem laufenden Monat und dem entsprechenden Vorjahresmonat.  
Quelle: Eurostat

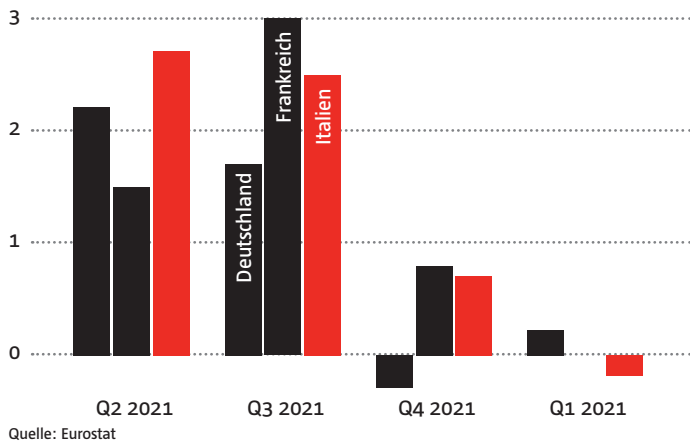
weiteren Maßnahmen. Die sprunghaft steigenden Energiepreise und negative Vertrauenseffekte lassen darauf schließen, dass die Binnennachfrage auf kurze Sicht erheblich beeinträchtigt wird, während die angekündigten Sanktionen und die starke Eintrübung der Aussichten für die russische Wirtschaft das Handelswachstum im Euroraum schwächen werden.

Der Krieg wird im Jahr 2022 erhebliche negative Auswirkungen auf das Wachstum im Euroraum haben. Angesichts der Ausgangslage der Wirtschaft des Euroraums – sein Arbeitsmarkt ist dynamisch, und die Beeinträchtigungen durch die Pandemie und die Lieferengpässe werden den Annahmen zufolge nachlassen –, gehen die Projektionen jedoch weiterhin von einem relativ starken Wirtschaftswachstum in den kommenden Quartalen aus. Mittelfristig dürfte sich das Wachstum dem historischen Durchschnitt annähern, auch wenn der finanzpolitische Kurs

**Abb. 6: Veränderung des BIP im Euroraum  
(im Vergleich zum Vorquartal, in %)**



**Abb. 7: Wachstum des BIP  
(im Vergleich zum Vorquartal, in %)**



weniger Unterstützung bietet und die Zinssätze im Einklang mit den auf den Erwartungen an den Finanzmärkten beruhenden technischen Annahmen steigen. Insgesamt wird erwartet, dass das reale BIP im Jahr 2022 um durchschnittlich 3,7%, 2023 um 2,8% und 2024 um 1,6% steigt (siehe Abb. 3).

Ein durchschnittlicher Warenkorb kostete in der Euro-Zone im April 7,5% mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. Die Inflation legt damit im Vergleich mit dem Vormonat (+7,4 Prozent) nur geringfügig zu (siehe Abb. 4). Der Hauptgrund für die außergewöhnlich starke Inflation sind weiterhin die auch wegen des Krieges in der Ukraine stark gestiegenen Energiepreise (siehe Abb. 5). Gleichzeitig zeigt sich, dass die sogenannte Kerninflation ebenfalls deutlich über dem Zielwert der Europäischen Zentralbank (EZB) von 2% liegt. Nimmt man die als volatil geltenden Produkte wie Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak aus dem Warenkorb, so legten die durchschnittlichen Preise der verbleibenden Güter immer noch um 3,5% zu. Im März lag dieser Wert bei 2,9%.

Bereits fünf Länder der Euro-Zone weisen für April eine zweistellige Inflation aus. Estland kommt auf 19% und Litauen auf 16,6%. Da kann man kaum mehr von Preisstabilität sprechen. Auch Lettland (13,2%), die Niederlande (11,2%) und die Slowakei (10,9%) verzeichnen sehr hohe Werte. Von den drei größten Ländern liegt Deutschland (7,8%) über dem Durchschnitt der Euro-Zone, Frankreich (5,4%) und Italien (6,6%) befinden sich dagegen darunter.

Gleichzeitig ist die Wirtschaft in den 19 Ländern mit dem Euro laut einer ersten Schätzung von Eurostat zu Beginn des Jahres nicht mehr so recht vom Fleck gekommen (siehe Abb. 6). Das saisonbereinigte Bruttoinlandprodukt (BIP) wuchs demnach in Deutschland im ersten Quartal im Vergleich mit dem letzten Quartal 2021 nur gerade um 0,2%, in der EU insgesamt waren es 0,4%. Im Vergleich mit dem ersten Quartal 2021 ist das BIP in der Euro-Zone allerdings um satte 5% gewachsen.

Die EZB vermutet, dass aufgrund der hohen Energiepreise und der vom Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ausgelösten Unsicherheit das Wachstum im ersten Quartal »gedämpft« worden ist. Dazu tragen auch Lieferengpässe und wegen der Omikron-Welle der Covid-19-Pandemie um den Jahreswechsel verhängte Einschränkungen bei. Im Dezember hatte die EZB noch ein Plus von 0,4% für die Monate Januar bis März prognostiziert.

Die größte Volkswirtschaft der EU, Deutschland, weist nach einem Rückgang von 0,3% im letzten Quartal des Jahres 2021 nun ein Plus von 0,2% aus und vermeidet damit knapp den Fall in eine Rezession. Von einer solchen spricht man nach zwei Quartalen mit rückläufigem BIP. Ein Analytiker der Bank HSBC bezeichnete das Abschneiden Deutschlands als durchaus »beachtliche Leistung« angesichts der hohen Corona-Zahlen im ersten Quartal.

Ähnlich sieht es in den anderen drei anderen großen Ländern der EU aus (siehe Abb. 7). Frankreich verzeichnet auch wegen eines unerwartet starken Einbruchs des Konsums einen Stillstand, Spanien ein Wachstum von 0,3%, und Italiens BIP schrumpfte im ersten Quartal gar (-0,2%). Gemäß den von Eurostat veröffentlichten Daten für elf EU-Staaten schnitt Österreich mit einem Plus von 2,5% im Vergleich zum Vorquartal am besten ab. Den letzten Platz belegt Schweden mit -0,4%.

### Die EZB unter Druck

Eine hohe Inflation und kein Wachstum sind ein wirtschaftliches Schreckensszenario, und es setzt die EZB und deren Präsidentin Christine Lagarde unter Druck. Grundsätzlich gehen Ökonom\*innen davon aus, dass eine boomende Wirtschaft zu steigenden Preisen und damit zu Inflation führt, während bei einer Stagnation die Arbeitslosigkeit zunimmt und damit beispielsweise die Löhne tendenziell sinken, was das Preisniveau insgesamt zurückgehen lässt. Doch der Erdölpreisschock der 1970er-Jahre hatte gezeigt, dass es eben auch zu einer Stagnation bei gleichzeitig steigenden Preisen kommen kann.

Die massiv gestiegenen Energiepreise infolge des Ukraine-Krieges haben die Inflation im Euroraum auf ein neues Rekordhoch getrieben. Die Teuerungsrate ist sehr weit über das Ziel der Europäischen Zentralbank (EZB) hinausgeschossen, die 2,0% Inflation als idealen Wert für die Wirtschaft anvisiert. Haupttreiber der Teuerung waren einmal mehr die kräftig gestiegenen Energiepreise, die infolge des Ukraine-Krieges erheblich anzogen. Auf Jahressicht kletterten sie um 38%. Im März waren es sogar 44,4%. Unverarbeitete Lebensmittel verteuerten sich um 9,2%. Die Preise für Dienstleistungen zogen um 3,3% an.

## Große Risikofaktoren für Deutschland

Trotz der Corona-Krise ist die deutsche Wirtschaft zum Jahresstart 2022 leicht um 0,2% gewachsen. Für das laufende Jahr rechnen die meisten Experten immer noch mit einem Wirtschaftswachstum. Aber die Unsicherheit wegen der Folgen durch den Ukraine-Krieg und die Sanktionen des Westens gegen Russland ist enorm groß. Die hohe Inflation wegen steigender Preise für Energie und Rohstoffe belastet Firmen und Verbraucher\*innen. Die Bundesregierung rechnet für 2022 nur noch mit 2,2% Wachstum. Sollten Gaslieferungen aus Russland aber plötzlich abreißen, sei eine Rezession nicht mehr zu vermeiden, warnte Wirtschaftsminister Robert Habeck vor Kurzem.

## Stagnation in Frankreich

Die Wirtschaft in Frankreich tritt überraschend nur auf der Stelle. Das BIP von Januar bis März stagnierte auch wegen der Kaufzurückhaltung der Konsument\*innen im Vergleich zum Vorquartal. Von Reuters befragte Expert\*innen hingegen hatten mit 0,3% Wachstum gerechnet. Der traditionelle Wachstumstreiber – der private Konsum – schwächelte allerdings. Denn wegen der hohen Energiepreise sanken die Ausgaben der Verbraucher\*innen um 1,3%. Die französische Wirtschaft ist damit in diesem Jahr weitgehend ähnlich mau aus den Startlöchern gekommen wie die deutsche.

Ende 2021 hat das BIP in Frankreich um revidiert 0,8% zugelegt, während es hierzulande um 0,3% schrumpfte. Der kürzlich wiedergewählte Präsident Emmanuel Macron hat das Land in seiner ersten Amtszeit zu einem Magneten für Direktinvestitionen gemacht und stellte im Wahlkampf die Erfolge im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit heraus. Im vorigen Jahr wurde beim BIP ein Plus von rund 7% erreicht – das stärkste Wachstum seit 1969. Allerdings war die Wirtschaft im Corona-Rezessionsjahr 2020 auch um etwa 8% eingebrochen.

## Gefahr eines globalen Abschwungs

Was Europa angeht, so hätten die Folgen des Konjunkturabschwungs in China und den USA das Wachstum selbst ohne den Krieg in der Ukraine bedroht. Doch hat der Krieg die Risiken für Europa und seine Anfälligkeit stark erhöht. Schon jetzt ist das Wachstum niedrig. Derweil stehen die europäischen Regierungen unter beträchtlichem Druck, ihre Militärausgaben weiter zu steigern. Die Schwellenmärkte und die ärmeren Entwicklungsländer werden im Fall einer globalen Rezession eindeutig enorm leiden. Selbst die Energie und Lebensmittel exportierenden Länder, die aufgrund der hohen Preise vom Krieg bisher wirtschaftlich profitiert haben, dürften Probleme bekommen.

Die Gefahr eines synchronisierten globalen Abschwungs Ende 2022 ist nicht von der Hand zu weisen. Für den Moment sind die Chancen auf eine Rezession in Europa, den USA und China beträchtlich und steigen weiter, und ein Zusammenbruch in einer Region wird die Wahrscheinlichkeit eines Zusammenbruchs in den anderen noch erhöhen. Die Rekordhöhen erreichende Inflation macht die Dinge nicht einfacher. Die IWF-Vizechefin Gita Gopinath ist in großer Sorge über die zunehmende Fragmentierung der Weltwirtschaft – und fürchtet dadurch

deutlich höhere Preise. »Wir sehen die ernste Gefahr, dass wir am Ende Wirtschaftsblöcke haben, deren Mitgliedsländer nur noch unter einander handeln statt die Produktion international zu diversifizieren.« Sie verstehe angesichts der Erfahrungen mit Pandemie und russischem Krieg, dass Länder widerstandsfähig werden und nicht in Geiselnhaft von Handelspartnern geraten wollen. »Nur, als Reaktion auf globale Spannungen die Produktion zurück in die Heimat zu holen, ist genauso riskant«, warnte Gopinath in einem Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 19. Mai 2022. Länder müssten aktuell unterschiedliche Schocks für den gesellschaftlichen Reproduktionsprozess bewältigen, die fast alle mit deutlichen Preissteigerungen verbunden sind. Es ist wirtschafts- und finanzpolitisch eine große Herausforderung die Preissteigerungsrate wieder auf das Niveau von ca. 2% zu bringen, ohne den Wirtschaftsmotor spürbar zu dämpfen.

Die Wirtschaftsleistung der europäischen Länder bewegt sich zwar wieder auf dem vor der Pandemie erreichten Niveau, setzt aber bereits erneut zur Talfahrt an. Der Abschwung des globalen Wachstumszyklus geht mit einem deutlichen Aufschwung bei den weltweiten Inflations- und Zinszyklen einher. Die Vertreter der These von einer weichen Landung tun deren Folgen verächtlich ab. Während die Inflation auf den höchsten Stand in 40 Jahren steigt, ist jetzt verantwortungsloses Gerede zu hören, dass sie ihren Höchststand bereits erreicht habe – die überspannte Vorstellung, dass die Situation inzwischen so schlimm sei, dass es nur noch besser werden könne.

Der Krieg in der Ukraine hat die Erholungseffekte aus der Pandemie unterbrochen bzw. gedrosselt. Nach aktuellen Einschätzungen des IWF zeigt die Weltwirtschaft weiterhin ein positives Wachstum, aber dessen Geschwindigkeit hat sich deutlich verlangsamt. Aufgrund der hohen Abhängigkeit hat der Krieg insbesondere Auswirkungen auf die europäischen Energie- und Rohstoffkosten. Zudem führt die derzeitige Zero-Covid-Strategie Chinas zu erneuten Dislokationen in den Wertschöpfungsketten. Die europäische und die US-amerikanische Zentralbank stehen unter Zugzwang, ihre monetären Ausrichtungen deutlich zu straffen, u.a. durch Zinsanhebungen, wie derzeit in den USA zu beobachten.

Der Krieg in der Ukraine wird zu weiteren strukturellen Änderungen führen. Die Inflationsraten werden strukturell höher liegen als in der vergangenen Dekade, die durch eine niedrige Volatilität und eine globale Kostenoptimierung gekennzeichnet war. Unternehmen haben bereits aufgrund ihrer Erfahrungen aus der Pandemie begonnen, ihre Wertschöpfungsketten mittels Verlagerung von betrieblichen Aktivitäten in naheliegende bzw. -stehende Regionen zu diversifizieren. Eine breitere Aufstellung aufseiten der Zulieferer ist ein weiterer Aspekt, der die Inflation auf ein höheres Niveau hebt. Diese Veränderungen gehen meist mit höheren Produktionskosten einher, die letztlich von den Endverbraucher\*innen getragen werden müssen. Eine neue Inflationskomponente, insbesondere in den Industrienationen, stellt der Mangel an qualifizierten Arbeitnehmer\*innen dar. Dieser erstreckt sich von Lastwagenfahrer\*innen bis hin zu IT-Expert\*innen und führt zu stärkeren Lohnanstiegen als in der Vergangenheit. Übergeordnet sorgen geopolitische Spannungen, insbesondere mit Russland, für weitere Belastungen.



# Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo ([www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)). Beides geht auch mit dem beigegefügtten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum Preis von € 75,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie  Kapital  68er  ABC
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum verbilligten Preis von € 55,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie  Kapital  68er  ABC
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft \_\_\_\_\_ (3 Hefte zum Preis von € 16,-/Ausland € 25,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als  
Postkarte  
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus  
Postfach 10 61 27  
20042 Hamburg

## Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:  
[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

